

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Hameln-Pyrmont

ENTWURF

Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hameln-Pyrmont zur Kreistagswahl am 11. September 2011

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine kommunal stark verankerte Partei. Unser kommunalpolitisches Engagement steht unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“; Bürgernähe, Transparenz und direkte Mitbestimmung aller Bürgerinnen und Bürger, auch über den Wahltag hinaus, bilden das Fundament unserer politischen Arbeit vor Ort.

Wir wollen wachsen, denn unsere Kommunen brauchen Grün; Grüne Ideen, Grüne Politik und Grüne Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien. Die Herausforderungen, vor denen die Kommunen stehen, sind riesig. Der Klimawandel und die demografische Entwicklung sind nur zwei Beispiele aus dem Katalog der Zukunftsaufgaben unserer Gemeinden. Wir Grüne sind davon überzeugt, dass politische Maßnahmen trotz der globalen Dimension eines Problems auch im Kleinen wirksam sind.

Leider steht dafür nicht das notwendige Geld zur Verfügung. Die Kommunen und der Landkreis stehen finanziell so schlecht da wie noch nie. Es wird nur noch Mangel- statt Selbstverwaltung betrieben. Die so genannten freiwilligen Leistungen müssen gekürzt oder sogar eingestellt, Einrichtungen der allgemeinen, sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge geschlossen werden. Die Löcher in den kommunalen Haushalten sind tiefer als die in vielen Gemeindestraßen und führen zu gefährlicher Investitionszurückhaltung mit langfristig negativen Konsequenzen.

Die strukturellen Defizite der Gemeindefinanzierung kumulieren mit bereits jetzt spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels. In unserer Region sinken die Bevölkerungszahlen, teilweise sogar dramatisch. Wir fordern differenzierte Herangehensweisen und die Abkehr von der immer noch weit verbreiteten Wachstumsphilosophie, die unter den gegebenen Voraussetzungen nicht mehr zeitgemäß ist. Wir wollen den Green New Deal, die Grüne Antwort auf die Krise, auf die Kommunen herunter brechen. Das bedeutet, dass geordnete Schrumpfungsprozesse, insbesondere in klimaschädlichen Bereichen, eingeleitet werden müssen und auf die Ausdehnung bestimmter Branchen, wie Erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft, Bildung und Gesundheit gesetzt werden muss. Der Umbau unserer Wirtschaft vor Ort wird in der kommenden Wahlperiode in allen Kommunen auf der Tagesordnung stehen – der verschwenderische Umgang mit Ressourcen ist nicht nur nicht mehr gesellschaftsfähig, sondern wir können ihn uns ökologisch wie ökonomisch betrachtet einfach nicht mehr leisten. Hierzu gehört auch die Begrenzung der Flächenversiegelung, die durch die Ausweisung immer neuer Bau- und Gewerbegebiete entsteht.

Grüne wollen eine lebendige Demokratie vor Ort. Wir brauchen vielfältige Möglichkeiten zum Mitreden, Mitmachen und Mitentscheiden. Denn die lokale Demokratie lebt von der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an den örtlichen Entscheidungen und an der praktischen Gestaltung des Gemeinwesens. Gemeinden, Städte und der Landkreis brauchen das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger mehr denn je. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für Demokratie, Klimaschutz, Ressourcenschutz, soziale Teilhabe sowie Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit. Wir fordern das Prinzip der Nachhaltigkeit auf allen Politikfeldern ein. Grüne Politik vor Ort ist unverzichtbar, darum wollen wir deutlich gestärkt aus den Kommunalwahlen am 11. September 2011 hervorgehen und unsere Ideen flächendeckend in den Gemeinden, Städten und dem Landkreise verankern.

51 **Klimaschutz, Energieversorgung, Ressourcennutzung, Ökologie und Landwirtschaft vor**
52 **Ort zukunftsfähig gestalten!**

53
54 Wir Grüne sind die politische Kraft, die für Klimaschutz und nachhaltige Energie-und
55 Umweltpolitik steht. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, die Bund, Land und Kommunen
56 umsetzen müssen. Ziel der Grünen ist es, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um mindestens 40% im
57 Vergleich zu 1990 zu senken und die Anstrengungen zur Deckung des verbleibenden
58 Energiebedarfs aus 100% Erneuerbaren Energien massiv zu erhöhen. Darüber hinaus streben
59 wir die Reduzierung von Treibhausgasen in der Landwirtschaft durch den Ausbau der
60 ökologischen Landwirtschaft an. Die Freisetzung von Treibhausgasen in industriellen
61 Prozessen muss durch sukzessive Umstellung auf nachwachsende Rohstoffe reduziert werden.
62 Wir wollen die Kapazität vorhandener Leitungsnetze durch Lastmanagement und
63 Leitungsoptimierung voll ausschöpfen. Neben dem Ausbau des Stromnetzes ist der Bau von
64 dezentralen Energiespeichern zur Erreichung des 100 %-Ziels aus Erneuerbaren notwendig.
65 Darüber hinaus ist die zügige Ergänzung des bestehenden Stromnetzes unumgänglich. Wo
66 neue Leitungen nötig sind, fordern wir, dass Erdkabel auch im Höchstspannungsbereich
67 grundsätzlich Vorrang vor Freileitungen erhalten; dort, wo Menschen oder Natur und
68 Landschaft beeinträchtigt werden, sind zwingend Erdverkabelungen vorzusehen.

69
70 **Vorrang für Erneuerbare Energien**

71
72 Kommunen können sich auch als Verbraucherinnen von Atom- und Kohlestrom
73 verabschieden, der Wechsel des Stromanbieters setzt ein deutliches Zeichen bei der CO₂-
74 Reduktion und der Abkehr von risikoreicher Atomtechnologie. Dort, wo die Kommunen
75 eigene Stadtwerke betreiben, sind die Einflussmöglichkeiten ungleich größer. So kann vor Ort
76 zum Beispiel mitentschieden werden, dass die lokalen Energieversorger sich nicht an
77 klimaschädigenden Kohlekraftwerken beteiligen. Diese Gestaltungsmöglichkeiten sind nur
78 ein Grund, warum wir uns als Grüne für kommunale und dezentrale Energieversorgung
79 einsetzen. Einen Bereich, der für die Daseinsvorsorge so elementar wichtig ist, sollte die
80 öffentliche Hand nicht den großen Energiekonzernen überlassen, deren oberstes Gebot die
81 Profitmaximierung ist. Darum unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN alle Bestrebungen
82 von Kommunen, die Energieversorgung zu rekommunalisieren. Dort, wo diese Lösung nicht
83 möglich ist, fordern wir die Kommunen auf, beim Neuabschluss von Konzessionsverträgen
84 ein deutliches Zeichen für mehr Klimaschutz und Erneuerbare Energien zu setzen. Mit diesen
85 Handlungsoptionen stärken wir die intelligente Energiewende von unten.
86 Gerade im Landkreis Hameln-Pyrmont gibt es durch regionale Energiegewinnung die große
87 Chance, Arbeitsplätze zu schaffen und regionale Wertschöpfung zu betreiben. Wir wollen,
88 dass alle Kommunen ihre Potenziale zur Gewinnung regenerativer Energien optimal nutzen:
89 Erdwärme, Windkraft, Solartechnologie, Wassermasse und Biomasse sollen im Rahmen der
90 ökologischen und menschlichen Verträglichkeit vorangetrieben werden. Vor Ort können
91 entsprechend optimierte Flächennutzungspläne und Raumordnungsprogramme als
92 Instrumente genutzt werden, um diese Entwicklungen zu fördern. Wir wollen die Bürger in
93 der Region optimal an der Wertschöpfung regenerativer Energien beteiligen. Gemeinden
94 sollen Energiegenossenschaften, Bürgerwindparks oder Bürgersolaranlagen unterstützen. Die
95 Grünen haben erreicht, dass der Landkreis mit regionalen Klimaschutzkonzepten auf der
96 Basis einer differenzierten CO₂-Bilanz vor Ort Handlungsmöglichkeiten entwickelt hat, um
97 mit möglichst geringen finanziellen Mitteln ein Höchstmaß an CO₂-Einsparung in der Region
98 (Gemeinde, Stadt oder Landkreis) zu erreichen. So kann der Umbau der Energieversorgung
99 vor Ort schrittweise, abgestimmt und ökonomisch sinnvoll erfolgen. Die von den Grünen
100 durchgesetzte Klimaschutzagentur kann das technische Know-how in unserer Region
101 zusammenführen.

102 Synergieeffekte können durch eine gute Beratung und Betreuung für Bürgerinnen und Bürger
103 und Unternehmen bei der Umsetzung von Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien
104 entstehen. Die Klimaschutzagentur entwickelt Konzepte zur Energieerzeugung und –
105 Einsparung.

106 Wir wollen Klimaschutz als Teil des Umweltschutzes in den Kommunen als
107 Querschnittsaufgabe verankern. Bei allen Planungen, z.B. bei Bau- und
108 Sanierungsmaßnahmen, und im gesamten Beschaffungswesen sollen Gesamt-Ökobilanzen
109 unter Einbeziehung der Klimaaspekte erstellt werden - gleich, ob es um das neue Dach der
110 Bibliothek oder um die Heizung der Grundschule oder die Art des verwendeten
111 Dämmmaterials im alten Rathaus geht. Zusätzlich zu den sinkenden Betriebskosten bei
112 öffentlichem Gebäudebestand profitieren von diesen Maßnahmen auch die
113 Handwerksbetriebe und Unternehmen vor Ort.

114

115 **Verwaltungen haben Vorbildfunktion**

116

117 Öffentlichen Gebäudebestand energetisch zu sanieren und Erneuerbare Energien sichtbar und
118 optimal zu nutzen, Photovoltaik auf dem Dach und eine moderne Heiztechnik sind für
119 Kommunen Pflicht.

120 Auch bei der Beschaffung sollte der Energie-Check selbstverständlich sein, und das Personal
121 muss im Hinblick auf mehr Energieeffizienz und Einsparungen geschult werden, von der/
122 dem SchulhausmeisterIn bis zur/ zum FachbereichsleiterIn und dem Betriebshofpersonal. Frei
123 nach dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“ müssen Erfolge in der CO2-Einsparung
124 bekannt gemacht werden, damit erkennbar wird, dass die Kommune als Ganzes hinter dem
125 Ziel des Klimaschutzes steht.

126 Darüber hinaus müssen in allen Gebäuden der öffentlichen Hand gesunde Arbeits- und
127 Lebensverhältnisse herrschen. Das bedeutet in erster Linie, dass diese Gebäude auf
128 Schadstoffe wie z.B. Asbest, PCB, Formaldehyd, Schimmelpilzsporen, etc. untersucht und
129 ggf. entsprechend saniert werden müssen, am besten im Zuge der o.g. energetischen
130 Sanierung.

131 Alle politischen Beschlüsse und jedes Verwaltungshandeln sollten nicht nur auf ihre
132 finanziellen Auswirkungen hin geprüft werden, sie müssen auch die ökologischen
133 Auswirkungen und die sozialen Folgen berücksichtigen. Das gilt für Bauplanungen genauso
134 wie im kommunalen Beschaffungswesen. Wir wollen, dass Gemeinden, Städte und der
135 Landkreis Initiativen und Firmen unterstützen, die sich für nachhaltiges Wirtschaften
136 einsetzen, zum Beispiel in der Landwirtschaft, bei Energie-Effizienz oder im Fair-Trade-
137 Handel. Produkte, die beispielsweise in Entwicklungsländern unter unwürdigen oder
138 menschenverachtenden Bedingungen produziert werden, dürfen von Kommunen auch nicht
139 bestellt, bzw. beschafft werden.

140

141 **Nachhaltige Kommunalentwicklung**

142

143 Sanierung von Gebäuden soll, soweit in der Gesamtschau sinnvoll, vor Neubauten stehen.
144 Das schont Ressourcen und Energie: Zement, gebrannte Steine, Dachziegel, Aluminium usw.
145 sind alles Materialien, deren Produktion viel Energie verbraucht. Sind Neubauten
146 erforderlich, ist bei den verwendeten Materialien die Gesamtökobilanz zu beachten. Durch die
147 Schaffung von optimalen Voraussetzungen für die Nutzung von Erneuerbaren Energien und
148 Passivhausbauweise kann Energie gespart werden. Aber auch die Sanierung im Bestand ist
149 wichtig und kann erhebliche Energie-Einsparpotenziale freisetzen. Zur Unterstützung der
150 Bürgerinnen und Bürger können Kommunen ein Dachkataster für die Eignung von
151 Dachflächen für Photovoltaik und Solarthermie anlegen und kompetente Beratung anbieten.
152 Die Energie- und Bauberatung erfolgt in Zusammenarbeit mit der Klimaschutzagentur. Schon

153 im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren sollte auf die Möglichkeit der kostenlosen
154 energetischen Beratung des Bauvorhabens hingewiesen werden, um den bestmöglichen
155 energetischen Standard zu erreichen. Zuschüsse für ökologisch vorteilhafte Baumaßnahmen
156 können Initialwirkung entfalten. Die Verleihung eines Umweltpreises schafft Öffentlichkeit
157 und honoriert das ökologische Bewusstsein einzelner.

158 Für Neubaugebiete sollen durch Eigenvermarktung der Flächen oder durch städtebauliche
159 Verträge Vorgaben für Energiestandards mit dem Bebauungsplan festgelegt werden.
160 Neubauten sollen nur noch als Nullenergiehäuser erlaubt werden, z.B. Passivhausstandard mit
161 Nutzung von Solarthermie und Fotovoltaik. Grüne setzen sich für den weiteren Ausbau der
162 onshore Windenergie ein. Dabei sind ausreichende Abstände zu den Siedlungsflächen und
163 wertvollen Naturgebieten einzuhalten. Alte Anlagen sollen durch Repowering zur
164 effizienteren Energieerzeugung ersetzt werden. Der Bau neuer Biogasanlagen soll nur mit
165 Nutzung der Abwärme oder Einspeisung in das Gasnetz genehmigt werden.

166

167 **Innenentwicklung statt Flächenfraß**

168

169 'Land gewinnen' ist angesagt. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sind besorgt darüber, wie
170 schnell in den letzten Jahrzehnten durch Baugebiete die freie Landschaft eingeengt wurde und
171 unersetzbarer Boden verloren ging. Für diesen fortschreitenden Flächenverbrauch gibt es
172 angesichts sinkender Einwohnerzahlen künftig keine Rechtfertigung mehr.

173 Wir Grüne wollen die bessere Gestaltung der vorhandenen Innenbereiche zu einem zentralen
174 Thema der Kommunalpolitik machen. Wir wollen Ortszentren beleben und erteilen Mega-
175 Märkten auf der grünen Wiese eine Absage. In den Städten und Gemeinden sollen Baulücken
176 und Brachflächen systematisch erfasst und genutzt werden. Wenn Gewerbebetriebe stillgelegt
177 werden, sind ihre Grundstücke zu recyceln -bei Bedarf mit staatlicher Förderung.

178 Den unsinnigen Wettbewerb der Städte und Gemeinden bei der Ausweisung neuer Wohn- und
179 Gewerbegebiete wollen wir unterbinden. Dazu setzen wir auf Kooperation zwischen den
180 Gemeinden und streben interkommunale Gewerbegebiete an. Ein kommunales Programm für
181 Innenentwicklung und Flächensparen ist auf die intensive Einbindung der Bürger angewiesen.
182 Hier bieten sich hervorragende Möglichkeiten für lebendige Demokratie vor Ort.

183

184 **Klimaschonende Mobilität**

185

186 Der Verkehrssektor ist immer noch für einen erheblichen Anteil des CO₂ Ausstoßes
187 verantwortlich. Als Grüne wollen wir so viel Verkehr wie möglich auf die Schiene bringen,
188 sowohl was den Transport von Gütern betrifft, als auch die Personenbeförderung. Der
189 Lärmschutz für Anlieger hat für uns dabei oberste Priorität. Wir wollen den Öffentlichen
190 Personennahverkehr (ÖPNV) ausbauen und optimieren. Hier sind die Kommunen auf die
191 Unterstützung von Land und Bund angewiesen. Bei der Reaktivierung von stillgelegten
192 Schienenstrecken und Haltepunkten, aber auch bei der Vereinfachung und dem Ausbau von
193 Mobilitätsdienstleistungen müssen alle politischen Ebenen gemeinsam mit den Anbietern auf
194 der Schiene und Straße zusammenarbeiten. Vor Ort, besonders in dünn besiedelten Gebieten,
195 können Bürgerbusse, Car Sharing und andere flexible Lösungen eine gute Ergänzung zum
196 regulären ÖPNV-Angebot sein.

197 Nicht nur zur Reduzierung klimarelevanter Emissionen, sondern auch zur Verbesserung der
198 Verkehrssicherheit setzen wir uns für Geschwindigkeitsbegrenzungen und bessere
199 Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer ein: Ampelschaltungen mit Vorrang für
200 Fußgänger und der Ausbau qualifizierter Infrastruktur wie z.B. Radwege für Fahrradfahrer
201 gehören dazu.

202 **Landwirtschaft: öko – logisch!**

203

204 Wir sind auch und gerade vor Ort verantwortlich für die Sicherung und den Schutz der
205 natürlichen Lebensgrundlagen, von Natur und Landschaft, Tier- und Pflanzenarten, sauberer
206 Luft und sauberem Wasser. Gebiete mit besonderen Tier- und Pflanzenarten müssen erhalten
207 bleiben und Gewässer in einen ökologisch guten Zustand gebracht werden. Die Gemeinden
208 und der Landkreis haben hier erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten durch die
209 Landschaftsplanung, durch die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten, durch
210 die konsequente Überwachung im Natur- und Gewässerschutz und durch die kreative
211 Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung: Grüne stehen für Flächenpools,
212 Ökokonten, die Bündelung von Ausgleichsmaßnahmen und die konsequente Umsetzung der
213 Wasserrahmenrichtlinie. Wir setzen uns für Biotopvernetzung ein und die umfassende
214 Sicherung und Pflege von Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Gebieten. Lokale Naturschutzprojekte
215 wie z.B. Acker-oder Gewässerrandstreifenprogramme finden unsere volle Unterstützung. Die
216 ökologische Landnutzung unterstützt den Schutz natürlicher Ressourcen.

217 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine VerbraucherInnen orientierte, sozial-
218 ökologische und, wo immer möglich, regionalbezogene Landwirtschaft mit Ausbau des
219 Ökolandbaus ein. Wir sind gegen Massentierhaltung und für artgerechte Tierhaltung. Darum
220 lehnen wir die Industrialisierung der Landwirtschaft ab und fordern den Stopp
221 überdimensionierter und am Bedarf vorbei geplanter Mast- und Schlachthanlagen. Diese
222 Tierfabriken sind nicht nur Gift für die bäuerliche Landwirtschaft, sondern auch für den
223 wichtigen Wirtschaftsfaktor Tourismus in unsrem Landkreis. Wir fordern die Kommunen auf,
224 solche Projekte über Brandschutz- und Keimschutzaufgaben zu verhindern, wie das schon im
225 Emsland geschieht.

226 Wir lehnen den Einsatz von Gentechnik konsequent ab. Dort, wo die Kommunen eigene
227 Flächen haben oder in kommunalen Einrichtungen wie Kantinen, Kindergärten oder Schulen
228 Einfluss nehmen können, sollten sie auf den Einsatz gentechnisch manipulierten Saatgutes
229 oder veränderter Lebensmittel verzichten.

230

231 **Bildung ist Zukunft!**

232

233 Unsere Kommunen stehen vor der großen Herausforderung, trotz geringer finanzieller Mittel
234 ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot für alle bereit zu stellen. Der
235 demografische Wandel nimmt uns in die Pflicht mehr zu tun: mehr Kinderbetreuung, bessere
236 Schulen, mehr Ausbildungs- und Studienplätze sowie neue Weiterbildungsangebote müssen
237 die Formel des lebenslangen Lernens mit Leben füllen.

238 Die Entwicklung vor Ort, die Förderung von Lebensqualität, Beschäftigung und
239 Wirtschaftskraft steht in einem engen Zusammenhang mit dem Angebot an Bildungs- und
240 Ausbildungsmöglichkeiten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Ausfüllung des
241 Bildungsauftrages durch Kinderbetreuungseinrichtungen und gute schulische Angebote
242 werden für die Kommunen immer wichtiger – haben aber auch ihren Preis. Dennoch:
243 Ausgaben für die Bildung sind Investitionen in die Zukunft, sie sind auch der Schlüssel zu
244 mehr sozialer Gerechtigkeit und Armutsprävention.

245

246 **Kinder in den Mittelpunkt – von Anfang an!**

247

248 Als Grüne setzen wir uns dafür ein, dass in den Einrichtungen für Kinder besondere
249 Qualitätsstandards gelten, sowohl bei der Betreuung durch gut qualifiziertes und vor allem
250 ausreichendes Personal als auch bei dem Platz und dem Essen für die Kleinsten. Grünes Ziel
251 ist, den Personalschlüssel in den Krippen in einem ersten Schritt auf eine pädagogische
252 Fachkraft für höchstens 5 Kinder zu verbessern. Der Personalschlüssel in Kita-Gruppen für 3-
253 bis 6-Jährige soll auf eine pädagogische Fachkraft für höchstens 10 Kinder erhöht werden.
254 Hierzu ist vom Land und vom Bund ein finanzieller Ausgleich zu schaffen. Damit alle Kinder

255 die kommunalen Einrichtungen besuchen können, legen wir Wert auf sozial ausgewogene
256 Gebühren, wobei das Ziel der gebührenfreien Kinderbetreuung anzustreben ist.
257 Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt Kindern mit Migrationshintergrund, die fast überall
258 einen wachsenden Anteil aller Kinder darstellen. Integration und Spracherwerb fallen Kindern
259 noch sehr viel leichter als Erwachsenen. Darum ist es besonders wichtig, die
260 Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen auf die Herausforderung 'Integration'
261 vorzubereiten und Familien mit Migrationshintergrund zu ermutigen, die Angebote
262 wahrzunehmen und sich an der Elternarbeit zu beteiligen. Wir arbeiten daran, die wertvollen
263 sonderpädagogischen Kompetenzen der Förderschulen, inkl. personeller Ressourcen, sanft in
264 Regelschulen zu etablieren, um Schülerinnen und Schüler mit sozialpädagogischem
265 Förderbedarf wie Schwerpunkt Lernen, emotionale und sprachliche Entwicklung und Sprache
266 in die allgemeinen Schulen zu integrieren.
267 Der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention folgend setzen wir uns dafür ein, die
268 Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige, motorische und körperliche Entwicklung sowie
269 Sehen und Hören bedarfsabhängig als Kompetenzzentren zu entwickeln, um
270 sonderpädagogische Förderung unter Wahrung des Elternwahlrechts überwiegend oder
271 vollständig in die allgemeinen Schulen zu verlagern. Wir werden uns für die Einrichtung von
272 Unterstützungs- und Beratungszentren für Eltern und Schulen zur Umsetzung von Inklusion
273 einsetzen, um Vorbehalte abzubauen und den Prozess massiv voranzubringen.

274

275 **Schule – neu denken, anders lernen!**

276

277 Als Schulträger haben die Landkreise und Gemeinden in der Bildungspolitik bereits jetzt
278 gewisse Spielräume, aber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass noch mehr
279 Kompetenzen auf die Schulträger und auch auf die Schulen selbst verlagert werden. Vor Ort
280 kann oftmals am besten entschieden werden, welche Anschaffungen nötig sind, wie der
281 Elternwille am besten umgesetzt werden kann und welche Lehrkräfte am geeignetsten sind.
282 Schulstrukturen sind nicht alles, aber dennoch schaffen sie Rahmenbedingungen, die für
283 unsere Kinder von entscheidender Bedeutung sind. Wir lehnen die Ungleichbehandlung
284 verschiedener Schulformen, wie die derzeitige Landesregierung aus CDU und FDP sie aus
285 ideologischen Gründen betreibt, ab. Wir sprechen uns dafür aus, dass alle Kinder möglichst
286 lange gemeinsam lernen. Aufteilen nach Klasse 4 oder das Aussortieren von Kindern mit
287 Beeinträchtigungen halten wir für einen Fehler. Wir setzen alles daran, in Niedersachsen ein
288 gerechteres Schulsystem zu etablieren, in dem alle Kinder die besten Chancen bekommen.
289 Deswegen fordern wir flächendeckend, dem Elternwillen entsprechend, die Errichtung von
290 Integrierten Gesamtschulen im Landkreis.

291 Der Landkreis soll Schulträger im gesamten Sekundarbereich sein. Wir wollen den sofortigen
292 Einstieg in eine Lernkultur, in der Kinder nicht mehr sitzen bleiben oder abgeschult werden,
293 in der neue Wege im Unterricht gegangen werden und die die Heterogenität der Kinder als
294 Chance begreift. Deswegen halten wir die neue Oberschule für eine ungeeignete und
295 überflüssige Schulform.

296 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern schon immer die Einrichtung von Ganztagschulen.
297 Auch hier müssen die Kommunen mehr Druck auf das Land Niedersachsen ausüben, denn
298 derzeit bleiben die Schulträger allein auf den Mehrkosten sitzen. Gebundene Ganztagschulen
299 brauchen ein pädagogisches Konzept und mehr Personal. Gesundes Mittagessen und
300 sozialpädagogische Betreuung gehören unserer Meinung nach ebenso zur Ganztagschule wie
301 die Kooperationen mit regionalen PartnerInnen aus Kultur, Sport, Wirtschaft und anderen
302 Verbänden und Vereinen.

303 Wir fordern die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen. Menschen mit
304 Behinderungen aller Altersgruppen sind mit allen ihren Stärken und Schwächen als
305 selbstverständlicher Teil der Gesellschaft anzuerkennen und dürfen nicht ausgegrenzt werden.

306

307 **Wegbereiter in den Arbeitsmarkt**

308

309 In den Schulen wird der Grundstein für eine erfolgreiche Ausbildung gelegt. Schon jetzt gibt
310 es in vielen Berufen einen Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern, aber dennoch werden in
311 jedem Jahr unzählige Jugendliche in Warteschleifen geparkt. Die kommunalen
312 Handlungsmöglichkeiten sind hier begrenzt, aber gute Kontakte zu Betrieben vor Ort und die
313 Stärkung der regionalen Wirtschaft sowie die nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion der
314 Verwaltungen können wichtige Impulse setzen. Als Partner in einer ARGE soll der Landkreis
315 darüber hinaus tätig werden und besonderes Augenmerk auf die Qualifizierung und
316 Vermittlung von jungen Menschen legen und innovative Projekte (zum Beispiel
317 Ausbildungsverbände, in denen mehrere Unternehmen gemeinsam
318 Ausbildungsverantwortung übernehmen) modellhaft auf den Weg bringen.

319

320 **Aktive Beschäftigungspolitik im Landkreis**

321

322 Trotz zurückgehender Arbeitslosigkeit ist die Arbeitsmarktförderung der Jobcenter in eine
323 soziale Schieflage geraten: Gerade Langzeitarbeitslose haben wenig Chancen auf Vermittlung
324 oder gute Qualifizierung. Der Landkreis muss als Träger des Jobcenters eine aktivere Rolle
325 bei der Gestaltung der regionalen Arbeitsmarktpolitik spielen. Betroffene Menschen
326 benötigen echte Hilfen anstatt sinnloser Aktivierung. Wir wollen Qualität und Kontinuität in
327 Qualifizierungs- und Beschäftigungs-Maßnahmen mit leistungsfähigen und regional
328 verankerten Trägern wie der Jugendwerkstatt, Impuls, Arbeitslosenprojekten oder der VHS.
329 Besonders benachteiligte Menschen sollen Anspruch auf ein öffentlich gefördertes
330 Beschäftigungsverhältnis haben. Zur Finanzierung soll neben Mitteln aus dem Kreishaushalt
331 der "Aktiv-Passiv-Transfer" dienen: Transferleistungen werden in Mittel für Arbeitsförderung
332 umgewidmet.

333

334 **Kommunalverfassung reformieren**

335

336 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat kürzlich eine neue Kommunalverfassung
337 verabschiedet, die den Namen Aufbruch nicht verdient. Die Amtsperiode der
338 Hauptverwaltungsbeamten ist mit acht Jahren deutlich zu lang und muss wieder auf fünf Jahre
339 verkürzt werden. Die Hürde im Abwahlverfahren ist mit einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit deutlich zu hoch
340 und muss erleichtert werden.

341 Als eine böse Attacke gegen kommunale Demokratie und Beteiligung werten wir die
342 Abschaffung der Stichwahlen für das BürgermeisterInnen- und Landratsamt. Die Stichwahl
343 muss wieder eingeführt werden.

344

345 **Für einen Green New Deal und nachhaltige Finanzen**

346

347 Ökologie und Ökonomie gehören zusammen, denn die Umstellung unserer Wirtschaftsweise
348 und der Produktion auf Nachhaltigkeit schafft Innovation und neue Jobs. Kein anderer
349 Wirtschaftssektor hat in den vergangenen Jahren so viel positive Effekte für den Arbeitsmarkt
350 gehabt wie der Klimaschutz. Und dies nicht nur in den Unternehmen, die
351 Umwelttechnologien produzieren, sondern auch und gerade in den angrenzenden
352 Produktionsketten und dem Handwerk.

353 Daher setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine konsequente Umsetzung des Green New
354 Deal auf kommunaler Ebene. Wir sehen die aktuellen Herausforderungen als Chance, vor Ort
355 die Wirtschaft durch Grüne Konzepte nachhaltig zu stärken. Die Kommunen sind dazu
356 angehalten, diesen Prozess aktiv mitzugestalten. Hierzu gehört, bei der Wirtschaftsförderung

357 konsequent den Bereich des Klimaschutzes und der Umwelttechnologien auszubauen. Es gilt,
358 die in diesem Sektor handelnden AkteurInnen zusammen zu bringen und Kooperationen
359 auszubauen.

360

361 **Finanzen auf gesunde Füße stellen**

362

363 Demokratie beginnt vor Ort – sie kann aber nur stattfinden, wenn vor Ort auch gestaltet
364 werden kann. Die schwarz-gelben Regierungen im Bund und Land lassen die Kommunen im
365 Regen stehen. Sie haben immer mehr Aufgaben auf die Gemeinden und Kreise übertragen,
366 ohne aber die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen oder die
367 Einnahmesituation der Kommunen anderweitig zu verbessern. Stattdessen beabsichtigen sie
368 die Abschaffung der Gewerbesteuer, die trotz aller konjunkturellen Schwankungen die
369 Haupteinnahmequelle für die Kommunen darstellt. Damit würde das Band zwischen den
370 Kommunen und ihren örtlichen Wirtschaftsunternehmen zerschnitten und der kommunalen
371 Selbstverwaltung eine ihrer tragenden Säulen genommen.

372 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine angemessene und gerechte finanzielle Ausstattung
373 der Kommunen. Zur Unterstützung der besonders Not leidenden Kommunen wollen wir die
374 Mittel für den kommunalen Finanzausgleich erhöhen. Die Grundsteuer muss reformiert
375 werden, um mehr Steuergerechtigkeit und eine bessere ökologische Lenkungswirkung zu
376 erzielen. Bei der Einkommensteuer wollen wir die Einnahmen, die zum Teil auch den
377 Kommunen zufließen, erhöhen, indem der Spitzensteuersatz angehoben und das
378 Ehegattensplitting so weit wie möglich abgeschmolzen wird. Entscheidend ist auch eine
379 Entlastung der Kommunen von den gesamtgesellschaftlichen Kosten der Arbeitsmarkt- und
380 Sozialpolitik, aus deren Finanzierung der Bund sich in den letzten Jahren sukzessive
381 zurückgezogen hat. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wollen wir steigern, indem wir sie
382 zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer mit einer verbreiterten Bemessungsgrundlage durch
383 die verstärkte Hinzurechnung von Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten, Lizenzen und die
384 Einbeziehung von FreiberuflerInnen weiterentwickeln. Das führt zu einer Verstetigung der
385 Einnahmen und fairen Wettbewerbsbedingungen. Wir halten es für richtig, dass die örtliche
386 Wirtschaft sich weiterhin an den Kosten der kommunalen Daseinsvorsorge beteiligt und dabei
387 auch die FreiberuflerInnen ihren Anteil dazu beitragen.

388 Wir Grüne haben in der Vergangenheit gezeigt, dass es gerade in Zeiten „knapper Kassen“
389 wichtig ist, Schwerpunkte zu setzen und die politischen Ziele nicht aus den Augen zu
390 verlieren. So dürfen Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit ebenso wie Investitionen in
391 Bildung nicht nach Kassenlage entschieden werden. Die Kommunen müssen ihre Ausgaben
392 kritisch auf den Prüfstand stellen, jedoch zugleich in ihre Zukunft investieren. Das Land muss
393 für alle nachhaltigen Investitionsmaßnahmen wie zum Beispiel energetische
394 Gebäudesanierungen von Schulen und Kitas weiterhin Kreditaufnahmen ermöglichen. Zum
395 Erhalt der Zukunftsfähigkeit gehört jedoch auch, die eigene Steuerungsfähigkeit nicht
396 wegzusparen. Zahlreiche kommunale Beispiele belegen, dass die öffentliche Hand politische
397 Handlungsmöglichkeiten verliert, wenn Aufgaben der Kommune in privatrechtlich
398 organisierte und orientierte Unternehmen ausgelagert werden. Egal ob die Abfallwirtschaft,
399 der soziale Wohnungsbau, Krankenhäuser oder die Wasser- und Energieversorgung: die
400 Kommunen haben längst bewiesen, dass sie effizient und sorgfältig wirtschaften können.
401 Neoliberalen Privatisierungstendenzen erteilen wir daher eine klare Absage. Im Gegenteil: wir
402 wollen die Chancen für mehr kommunale Wirtschaft weiter steigern.

403 Für Kommunen und Landkreise kann eine Gebietsfusion mit Nachbarn eine Chance sein, die
404 Aufgaben gemeinsam und effizient zu erledigen. Wir fordern dabei ein transparentes und
405 bürgerinnenfreundliches Verfahren, das win-win-Ergebnisse hervorbringen sollte.

406 Grüne stehen für eine Politik, die die Bürgerinnen und Bürger direkt mit einbezieht. Denn
407 schließlich geht es um die Ausstattung und Weiterentwicklung ihres direkten

408 Lebensumfeldes. Es geht um ihre Kommune, um ihre Infrastruktur und ihre sozialen und
409 kulturellen Angebote.

410

411 **Soziale Teilhabe – kommunal gestalten.**

412

413 Den Kommunen kommt eine besondere Verantwortung in der Frage zu, wie wir gemeinsam
414 leben wollen, wie das Miteinander aller Menschen organisiert wird, wie wir den
415 demografischen Wandel als Herausforderung annehmen und wie wir das Verhältnis zwischen
416 Bürgerinnen und Bürgern und Staat gestalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine
417 transparente und bürgerInnennahe Kommunalpolitik, in der Partizipation gelebt wird und die
418 den lokalen Zusammenhalt fördert.

419

420 **Armut wirksam bekämpfen!**

421

422 Soziale Ausgrenzung und Armut sind zwei Seiten derselben Medaille. Dabei sind
423 insbesondere Lebenssituationen, in denen Menschen kaum Chancen haben, an Erwerbsarbeit
424 oder andere sinnvolle Beschäftigung zu gelangen, besonders im Fokus. Die Probleme von
425 Alleinerziehenden, Erwerbslosen, jungen Menschen und Menschen mit Beeinträchtigung
426 müssen daher vor Ort besondere Beachtung finden. Die Begleitung, Betreuung und Beratung
427 vor Ort ist ebenso eine wichtige kommunale Aufgabe wie das Aufzeigen von Wegen aus der
428 Erwerbslosigkeit und die Qualifizierung.

429

430 **Kommune heißt Miteinander.**

431

432 Jedes Dorf, jede Stadt, jeder Stadtteil oder Bezirk ist so lebendig, wie die Menschen, die
433 mithelfen, das Leben vor Ort zu gestalten. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Säule des
434 Zusammenlebens, die aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken ist. Von Nachbarschaftshilfe
435 über Kinder- oder Seniorenbetreuung, Vereine, Verbände und Kulturinitiativen –
436 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer erhalten viele Angebote aufrecht, die die Kommunen
437 aufgrund der schlechten finanziellen Situation schon lange abgeschafft haben. Als Partei, die
438 selber aus der BürgerInnenbewegung hervor gegangen ist, unterstützen wir Grüne dieses
439 freiwillige Engagement und treten dafür ein, dass in den Kommunen Strukturen geschaffen
440 werden, die fördernd und unterstützend wirken.

441 Freiwilligenagenturen können dafür eine gute Anlaufstelle sein. Dennoch kann Politik sich
442 nicht aus der Verantwortung stehlen und alle freiwilligen Leistungen auf Ehrenamtliche
443 delegieren. Die kommunale Daseinsvorsorge umfasst neben wirtschaftlichen auch soziale und
444 kulturelle Dienstleistungen, die entsprechend finanziert werden müssen. Die – unbedingt
445 notwendige und wünschenswerte – Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements ist
446 hier aber nur ein Baustein von vielen.

447

448 **Soziale Konfliktlagen und gesellschaftliche Ungleichheit**

449

450 Das Auftreten von Problemen wie Kriminalität, Gewalt und Sucht nehmen Grünen zum
451 Anlass Ursachen zu analysieren. Kontrolle, Sanktionen und Repressionen können nur
452 oberflächlich betrachtet Abhilfe schaffen. Grüne fördern zum einen den Erhalt bzw. den Auf-
453 und Ausbau präventiver Konzepte und fordern zum anderen Maßnahmen, die die Ursachen
454 bekämpfen. Dazu gehören der Abbau von ungerechter Benachteiligung in allen
455 gesellschaftlichen Bereichen und die Unterstützung bei der Bewältigung von individuellen
456 und gruppenspezifischen Problemlagen sowie die Eröffnung von persönlichen
457 Entwicklungsperspektiven.

458

459 **Kleine Projekte – große Wirkung**

460

461 In jedem Jahr stehen die kommunalen Haushälterinnen und Haushälter vor zahlreichen
462 Anträgen von unterschiedlichsten TrägerInnen sozialer Projekte, die Zuschüsse beantragen,
463 um ihre erfolgreiche Arbeit fortzuführen oder eine neue Idee umzusetzen. Interkulturelle
464 Projekte, die das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen befördern
465 sollen, geschlechtsspezifische Präventionsarbeit, die örtliche Initiative gegen
466 Rechtsextremismus oder der Kulturverein brauchen die Unterstützung der gesamten
467 Kommune. Von diesen und anderen Projekten profitieren alle, und wichtige Funktionen, die
468 die Gemeinschaft vor Ort nicht selbständig erfüllen kann, werden unterstützt. Oftmals haben
469 kleine Geldbeträge hier große Wirkung. Grüne in den Räten und Kreistagen wollen trotz
470 klammer Kassen Mittel für kleine Projekte mit großer Wirkung bereitstellen.

471

472 **Jung und alt**

473

474 Die Gesellschaft verändert sich. Die Menschen leben länger, weniger Kinder kommen nach
475 und der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund steigt. Auf diese Herausforderungen
476 müssen Kommunen sich einstellen, wenn sie für die Zukunft fit sein wollen. Als Grüne
477 wollen wir kinderfreundliche Kommunen, aber darüber wollen wir auch die Seniorinnen und
478 Senioren achten: Lebensqualität und Selbständigkeit im Alter sind uns wichtig, die Betreuung
479 im Alter muss stärker in das kommunale Zusammenleben eingebettet werden. Neben den
480 nötigen Altenpflegeheimen wollen wir die ambulante Versorgung ausbauen und mit neuen
481 Wohnformen auf den unterschiedlichen Bedarf alter, selbständiger Menschen reagieren.
482 Kommunale Altenpolitik muss eine Infrastruktur der Grundversorgung aufbauen.
483 Barrierefreie Innenstädte, altersgerechtes Wohnen, ein bedarfsgerechtes Angebot des ÖPNV,
484 gute medizinische Versorgung (auch im ländlichen Raum), vermehrte ambulante Angebote
485 und Zugang zu guter Pflege sind für unsere alternde Gesellschaft wichtige Aspekte, die vor
486 Ort geschaffen werden müssen. Mehrgenerationenprojekte halten wir für sinnvoll und
487 unterstützenswert, um das harmonische Zusammenleben von jung und alt zu fördern.

488

489 **Frauen**

490

491 Der statistische Anteil von Frauen in Führungspositionen und wichtigen
492 Entscheidungsgremien ist viel zu gering. Grüne fordern neben einer proaktiven
493 Personalpolitik eine gezielte Personalentwicklung in den Verwaltungen der Städte und
494 Gemeinden.

495 Wo kommunale Wirtschaftsförderprogramme aufgelegt werden, muss Gendermainstreaming
496 in den Katalog der Förderkriterien aufgenommen werden. Frauen sollen außerdem vermehrt
497 in die Politik einbezogen werden, indem sie u.a. als Gremienvertreterinnen und als beratende
498 Mitglieder in Fachausschüsse gewählt werden.

499 Ihr gesellschaftlicher Beitrag soll darüber hinaus verstärkt öffentlich anerkannt werden, indem
500 z.B. neue Straßen und Plätze zu mindestens 50% nach Frauen benannt werden.

501

502 **Lebendige Demokratie beginnt vor Ort**

503

504 Eine starke Demokratie lebt von der Mitgestaltung ihrer Bürgerinnen und Bürger. In den
505 Städten, den Dörfern und dem Landkreis findet zumeist der erste Kontakt mit politischen
506 Entscheidungen statt. Die Erfahrungen vor Ort prägen vielfach das Bild der Demokratie und
507 legen die Grundsteine für das eigene Engagement. Grüne machen sich stark für mehr
508 Beteiligung, mehr Transparenz und mehr Demokratie mit dem Ziel, eine selbstbewusste
509 demokratische Kultur des Mitgestaltens zu etablieren.

510 Wir stehen für die demokratische Teilhabe in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, in
511 der unterschiedliche Lebensformen Platz haben. Mit der Einführung von Volksinitiativen,
512 Volksbegehren und Volksentscheiden wollen wir die direkten Beteiligungsmöglichkeiten in
513 den Kommunen, Ländern und im Bund ausbauen.

514 Teilhabe setzt freie und frühzeitig verfügbare Informationen zu aber auch über
515 Entscheidungsprozesse voraus. Alle Einladungen, Ankündigungen und andere
516 Veröffentlichungen sollen dazu so früh als möglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht
517 werden. Kommunen sollen Informationsfreiheitssatzungen aufstellen und damit den
518 Bürgerinnen und Bürgern zumindest in ihrem eigenen Wirkungskreis volle Akteneinsicht
519 gewähren.

520 Zusätzlich zu Amtsblatt, Zeitung oder Aushang sollten Informationen auch in digitaler Form
521 verbreitet werden, um mehr Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu verschaffen. Jede
522 Kommune braucht eine barrierefreie Internetpräsenz.

523 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich insbesondere für eine stärkere Beteiligung von
524 Kindern und Jugendlichen in der Politik vor Ort ein. Dafür ist es wichtig, sowohl das aktive
525 als auch das passive Wahlalter zu senken. Aber auch hier geht Mitbestimmung über die
526 Abgabe der Stimme hinaus. Die Kommunen bieten einen Raum, um aktiv und konkret
527 Demokratie zu erlernen und zu erfahren. Dazu müssen Kinder und Jugendliche ein Forum
528 bekommen, um bei Projekten, die sie direkt betreffen, mitreden und mitbestimmen zu können.
529 Sei es die Neugestaltung eines Spielplatzes, der Sportplatz, die Skaterbahn oder der
530 Jugendtreff – gerade die Kommunalpolitik darf nicht über die Köpfe der jungen Menschen
531 hinweg entscheiden, sondern muss attraktive Beteiligungsmöglichkeiten schaffen.

532

533 **Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune**

534

535 Integrationspolitik vor Ort zu gestalten ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. Auch hier
536 stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Integrationspolitik darf nicht länger
537 defizitär gedacht werden. In Zeiten der Europäisierung und Globalisierung stellen
538 Interkulturalität und Mehrsprachigkeit eine Bereicherung dar, die wir konsequent anerkennen
539 und nutzen wollen.

540 Da fortwährend NeuzuwanderInnen nach Deutschland kommen, muss Integration als
541 anhaltender und dynamischer Prozess verstanden werden. Wir Grüne stehen für ein
542 gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem
543 Land, ermöglicht durch soziale Chancengleichheit und in kultureller Selbstbestimmung.

544 Die Erfolge und Probleme im Zusammenleben werden in der Gemeinde oder im Stadtteil
545 direkt spürbar. Dies gilt gerade dann, wenn sich sozial benachteiligte MigrantInnen räumlich
546 auf bestimmte Stadtteile und Quartiere konzentrieren. Die dort zum Teil bestehenden
547 Probleme haben aber weniger mit der Herkunft als vielmehr mit einem Mangel an Bildung
548 und Aufstiegschancen zu tun. Gerade diese Gebiete müssen daher gezielt in den Fokus
549 integrations- und sozialpolitischer Maßnahmen gerückt werden, damit sie nicht zur Sackgasse
550 für die Bewohnerinnen und Bewohner werden. Deshalb müssen gerade Schulen in
551 benachteiligten Stadtteilen pädagogisch besonders attraktiv und personell gut ausgestattet
552 sein.

553

554 **Willkommen in Deutschland**

555

556 Wir Grüne werben verstärkt für die Einbürgerung von ZuwanderInnen. Die Nachfrage nach
557 Plätzen in Integrationskursen übersteigt das Angebot. Dieses Interesse wollen wir fördern und
558 die Integrationskurse angemessen ausstatten. Nur so können alle MigrantInnen, die einen
559 entsprechenden Kurs besuchen wollen, einen Platz erhalten und den Kurs erfolgreich
560 abschließen.

561 Wir unterstützen kommunale Bündnisse in Niedersachsen mit dem Ziel, drohende
562 Abschiebungen von Menschen zu verhindern, die Deutschland als ihr Zuhause betrachten und
563 fordern eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung und eine sichere Zukunftsperspektive
564 für diese Menschen.

565

566 **Statt halbherziger Symbolpolitik echte Teilhabe ermöglichen**

567

568 Das Fundament der Teilhabe ist die gemeinsame Wahl einer kommunalen Vertretung aller
569 Menschen, die in einem Gemeinwesen leben. Deshalb fordern wir erleichterte
570 Einbürgerungsbedingungen und das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-BürgerInnen.
571 Integrationsbeiräte in den Kommunen müssen ernst genommen werden. Die Kommunen
572 sollen ihnen bei allen relevanten Fragen der Integrationspolitik frühzeitig
573 Mitwirkungsmöglichkeiten anbieten. Wir Grüne setzen uns für die Entwicklung und
574 Umsetzung von kommunalen Integrationskonzepten ein. Diese sollen im Dialog mit den
575 Beiräten, mit MigrantInnenorganisationen, Wohlfahrtsorganisationen und den TrägerInnen
576 interkultureller und sozialer Projekte entwickelt werden.

577 Teilhabe bedeutet auch das Nicht-Ausgeschlossen-Sein vom Arbeitsmarkt. Kommunen
578 können hier einen Beitrag leisten, indem sie die längst überfällige systematische Öffnung der
579 Verwaltung für Menschen mit Migrationshintergrund betreiben. Dazu gehören auch
580 interkulturelle Schulungen für die Verwaltungen.

581

582 **Eine starke Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

583

584 Wir Grüne fordern ein offensives Auftreten der Kommunen gegen jede Form von Rassismus,
585 Antisemitismus, Antiziganismus und rechtsextreme Tendenzen. Das Engagement gegen
586 Rechts ist für uns kein Konjunkturthema, sondern kontinuierlicher grundlegender Bestandteil
587 unserer politischen Arbeit. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung,
588 Toleranz und Fairness, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht.

589 In den Städten und Kommunen brauchen wir eine lebendige Erinnerungskultur, die über die
590 Shoa und den Nationalsozialismus aufklärt und Lehren daraus für die Gegenwart und die
591 Zukunft zieht.

592 Das wirkungsvollste Mittel gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene
593 Menschenfeindlichkeit ist eine starke, demokratische Zivilgesellschaft. Deshalb stärken wir
594 Bündnisse vor Ort, und demokratische Netzwerke gegen Rechtsextremismus, Rassismus und
595 Antisemitismus. Grüne werden sich dabei nicht an Bündnissen beteiligen, die undifferenziert
596 gegen „Links- und Rechtsextremismus“ oder gegen „jeden Extremismus“ im Allgemeinen
597 aufgestellt werden, da wir hierin eine gefährliche Gleichsetzung von Rechts und Links und
598 damit eine Verharmlosung von Neonazi-Gewalt und Menschenfeindlichkeit in der
599 Gesellschaft sehen.

600

601 **Grüne Personen für Grüne Ziele**

602

603 Bündnis 90/Die Grünen sind eine kommunale Partei. In der Tradition von Alternativen,
604 Grünen und BürgerInnenlisten haben wir von Anfang an gerade vor Ort für Solidarität,
605 Umwelt und Gerechtigkeit gekämpft. Unser Motto „Global denken, lokal handeln“ ist an
606 vielen Orten in konkreten Entscheidungen umgesetzt worden. Uns ist es zu verdanken, dass es
607 heute auch viele Frauen in den kommunalen Gremien gibt. Wir bieten auf offenen Listen auch
608 Nichtmitgliedern, die Grüne Ziele vertreten, z.B. aus Umweltverbänden, Bürgerinitiativen,
609 Gewerkschaften und anderen gesellschaftlich engagierten Gruppen die Möglichkeit für eine
610 Kandidatur. Inzwischen wird von anderen Parteien und Vereinigungen die hohe Kompetenz
611 und das hohe Engagement unserer VertreterInnen anerkannt.

612 Unsere erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen und setzen am 11.09.2011 auf Zugewinne:
613 Nur mit möglichst vielen Mandaten und Fraktionsstatus in allen Gremien sind die in diesem
614 Programm genannten Ziele umzusetzen.
615 Grüne Kommunalpolitik gestaltet, Grüne in Hameln-Pyrmont mischen mit und bringen sich
616 ein, für die Gemeinde, die Stadt und den Landkreis. Dabei sind wir kreativ, ideenreich und
617 suchen neue Wege, um mehr Lebensqualität und menschliches Miteinander zu verankern. Wir
618 wollen unsere Kommunen zukunftsfähig machen mit mehr ökologischer, mehr sozialer und
619 gerechterer Politik.
620 Jede Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt unsere Forderungen und trägt dazu
621 bei, dass Hameln-Pyrmont in Zukunft grüner werden kann!